



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Weltspiegel

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Weltspiegel

Luzern. Es ist bezeichnend, daß nicht nur die französische, sondern auch die deutsche Presse bei Besprechung des Luzerner Communiqués eine radikale Schwenkung Lloyd Georges festgestellt haben. Daß die französische dies tat, lag sicher sowohl in Lloyd Georges wie in Millerands Sinne, daß die deutsche es tat, ist ein neues Zeichen derselben fürchterlichen Oberflächlichkeit und Gedankenlosigkeit, die auch in den Kommentaren zum Vormarsch der Roten Armee auf Warschau und zum dann erfolgenden Umschwung der militärischen Lage zum Schaden unseres Ansehens hervorgetreten sind. Augenscheinlich sind sich unsere Leitartikel, die, mit wenigen rühmlichen Ausnahmen, ausländische Zeitungen nur aus telegraphischen Auszügen zu kennen pflegen, noch immer nicht klar darüber, daß man ihre Ergüsse im Auslande sehr genau verfolgt, zusammenstellt und nötigenfalls propagandistisch ausschlächtet, und daß dies nicht nur in den Ämtern, sondern mindestens im gleichen Maße in den einzelnen Redaktionen selbständig geschieht. Die Zeiten sind vorbei, da man in einer großen Tageszeitung Haß und Schadenfreude, Entrüstung und Lob aus der Tiefe des Gemüts allein zur herztärenden Freude und Anregung Abendbrot essender oder Morgenmunde schlürpfender Abonnenten hinausschmettern konnte; das überlasse man gefälligst der Lokalpresse oder dem Feuilleton. Der Leitartikel einer großen Zeitung hat mit Lyrik nichts zu tun, sondern ist ein politisches Instrument, mit dem man in einen internationalen Gesellschaftskreis eintritt. Und ebensowenig wie man im Hausrock in Gesellschaft kommt, ebensowenig dürften außenpolitische Leitartikel lediglich mit Rücksicht auf den „lieben“ Leser freundlicher Familienromane geschrieben oder aus Furcht vor Abonnementsabbestellungen nuanciert werden. Allerdings sollten auch besagte Abonnenten sich die entrüstungstrogenden Briefe an den Redakteur abgewöhnen und sich daran gewöhnen, zu überlegen, ob nicht der Redakteur bestimmte Gründe gehabt haben kann, gewisse Dinge eben nicht zu sagen oder anders auszudrücken, als gerade der meist ganz schlecht, weil einseitig orientierte Leser es für richtig hält. Diese Unfähigkeit, die Presse als politisches Instrument zu benutzen, zeigt sich leider bis in die höchsten Stellen hinauf. Was angesehene Männer in öffentlichen Stellungen sich für Entgleisungen in Interviews leisten, geht ins Ungeheuerliche. Häufig habe ich feststellen können, daß der Interviewte das Blatt, dessen Vertreter er unterrichten soll, nie selber in der Hand gehabt und nicht die leiseste Ahnung hat, wie der Leserkreis, zu dem er spricht, beschaffen ist, und die wenigsten Leute überlegen sich, wie ihre Äußerungen sich, in die fremde Sprache überetzt (wie wenig Leute können bei uns noch wirklich fremde Sprachen!), ausnehmen müssen. Leider scheint nicht einmal der deutsche Außenminister von dieser Ahnungslosigkeit frei zu sein. Es ist kein Zustand, daß Interviews wochenlang in der Welt herumschwirren und glossiert werden und daß das Auswärtige Amt acht Tage lang erklären muß, die richtige Wiedergabe der Äußerungen des höchsten Chefs müsse „bis zu dessen Rückkehr einstweilen bezweifelt“ werden. Gibt es keinen Telegraphen? Interviews sind politische Handlungen; man gibt sie nicht, zumal nicht so wichtige wie das im „Tempo“ und in der „Stampa“ erschienene, aus dem Stegreif. Warum wurde der Wortlaut der Erklärungen nicht sofort nach Berlin depeschirt, damit man dort orientiert war? Es ist ein schlechtes Zeichen, wenn nicht einmal derartig elementare Dinge funktionieren.

Was nun die angebliche Schwenkung Lloyd Georges betrifft, so ist sie in Wirklichkeit gar nicht vorhanden. Lloyd George ist nicht umgeschwenkt, hat nicht gestern weiß und heute schwarz gesagt, sondern er macht Politik und hat die Linie seiner Politik durchaus festgehalten. Seit Monaten strebt die englische Politik, da der Friede im Osten sich nicht ohne weiteres durchsetzen ließ, wenigstens die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Rußland an. Es geschieht dies unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Notwendigkeit, angesichts der immer drohender emporkwachsenden Übermacht der Vereinigten Staaten, ein ruhiges

Europa zu bekommen, der Furcht vor weiteren Verwickelungen in Mittelasien, der Besorgnis vor bolschewistischer Propaganda in Indien, unter den steten Mahnungen der englischen Arbeiterschaft, die bei zunehmender Abneigung gegen das Sowjetregime an sich, eine Fortsetzung des Krieges unter allen Umständen verhindern will. Es geschieht gegen den Willen der englischen Rechtskreise und gegen die Wünsche des französischen Allierten, die eben dieselbe Rechte stärker berücksichtigt haben will. Lloyd George kann diese Politik nur durchführen, wenn sie erfolgreich ist. Ein Mißerfolg gefährdet nicht nur seine eigene Stellung, sondern erschüttert die gesamte innere Politik des Landes, das sich angesichts der Verwicklungen in Irland und der sich immer mehr zuspizenden Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Kapital den Luxus eines neuen Wahlkampfes ohne schwere Nachteile kaum leisten kann. Erfolge aber sind nicht möglich, wenn die Sowjetunterhändler sich als unzuverlässig erweisen und die elementarsten Regeln diplomatischer Formen in den Wind schlagen. Es war somit selbstverständlich, daß Lloyd George die erste Gelegenheit, den Sowjetvertretern in dieser Beziehung eine scharfe Lektion zu erteilen, ergriff. Er würde sie ergriffen haben, auch wenn der Umschwung der militärischen Lage nicht erfolgt wäre, aber eben dieser Umschwung bot Gelegenheit, dies in besonders nachdrücklicher Form zu tun. Das Glück Lloyd Georges, das für viele seiner Aktionen typisch ist, wollte es, daß sich gleichzeitig noch die Möglichkeit zeigte, das Prestige Millerands in Frankreich zu heben und sich auf diese Weise wieder die Unterstützung der Rechten zu sichern. Seit langem schon geht Lloyd George darauf aus, die Stellung Millerands zu festigen, ihm zu außenpolitischen Erfolgen zu verhelfen, damit nur Millerand und sein Kabinett die Macht behält und nicht von einem weiter rechts gerichteten, wie es den Mehrheitsverhältnissen der französischen Kammer eigentlich natürlich wäre, abgelöst wird, einem Kabinett, das die zum Teil scharf englandfeindlichen, mindestens der Versöhnungspolitik Lloyd Georges mit ausgesprochenem Mißtrauen begegnenden Tendenzen gewisser französischer Rechtskreise zum Ausdruck bringen, vor allem aber zusammen mit Belgien Deutschland gegenüber eine ausgesprochene Gewaltpolitik verfolgen würde. Schon in Spa ist Lloyd George bestrebt gewesen, Millerand zu stützen, der selbst dann noch große Schwierigkeiten hatte, die Vorhänge an Deutschland durchzusetzen, der Eindruck der Sonderaktion Millerands hinsichtlich der Anerkennung Wrangels (die dem russischen General jetzt schon zum Unglück auszuschlagen droht), wurde nach Möglichkeit vertuscht, und in Luzern bot sich wiederum Gelegenheit, zu betonen, daß Millerand hinsichtlich Polens recht gehabt hatte. Man will immer noch lieber den vorsichtigen Millerand als etwa den draufgängerischen Barthou. Mit Millerand ist immer noch Hoffnung, eine Besetzung des Ruhrgebiets, die Frankreichs Hegemonie auf dem Festland in geradezu bedrohlicher Weise festigen, die Franzosen überdies von dem englischen Kohlenexport unabhängig machen würde, hinauszuschieben oder falls sie doch erfolgt, abzukürzen. Mit einem weiter rechts orientierten Kabinett wäre diese Möglichkeit in Frage gestellt, um so mehr, als das englische Weltreich sowieso in allen Tugen erzittert und es zweifelhaft erscheint, ob man nicht, der Orientpolitik zuliebe, den natürlichen noch immer bestehenden Widerstand gegen französische Besetzung des Ruhrgebiets wird einschränken müssen. Schon mußte man englischerseits angesichts der geradezu katastrophalen Entwicklung in Mesopotamien die syrische Position aufgeben und kann den Emir Faisal, der trotz englischer Ausrüstung dem General Gouraud das Feld räumte, nicht mehr empfangen, schon hat man Ägypten eine Selbstverwaltung zugestehen müssen, deren praktische Folgen man nicht zu überschätzen braucht, die aber den Franzosen Gelegenheit zu erneuter Einnischung in Ägypten geben wird — die Kommentare der französischen Presse in dieser Hinsicht sind bezeichnend genug —. Gerade diese glatte Anerkennung der ägyptischen Selbstverwaltung aber beweist, wie unsicher man sich in England zu fühlen beginnt. Auch muß man es sich gefallen lassen, daß die Franzosen die englische Donaupolitik immer fühlbarer durchkreuzen und ihren Einfluß sowohl in Ungarn wie in Rumänien, wie in Bulgarien ausbreiten. Bei der Zersplitterung der französischen Linken und der

schweren Krise, in der die Sozialistenpartei infolge des Anschlusses einiger radikaler Elemente an die dritte Internationale steht, ist ein weiter rechts orientiertes Kabinett, das dann Deutschland gegenüber sofort eine aktive Gewaltpolitik einschlagen würde, in Frankreich heute durchaus lebensfähig, und einem solchen gegenüber müßte England, wie es bereits während der Versailler Verhandlungen getan hat, in weitgehendem Maße kompensieren, um wenigstens den Orient zu retten. Diese Entwicklung aber will man nach Möglichkeit hinausschieben, und dazu erhöht man das Prestige Millerands. Ob diese Politik auf die Dauer Erfolg hat, ob nicht England schließlich doch sowohl am Rhein wie im Orient wird zurückweichen müssen, muß abgewartet werden. Lloyd George hat stets von der Hand in den Mund gelebt, schon beginnt es, wie ein Artikel des Echo de Paris vermuten läßt, den Franzosen bei dem Gedanken an eine tatsächliche Besetzung des Ruhrgebietes selbst nicht ganz geheuer zu werden, und wenn es englischem Einfluß tatsächlich gelingt, eine Oststaatenkonferenz in Riga zustande zu bringen, bekäme England für eine Zeitlang wieder freies Spiel. Auch hinsichtlich der Danziger Frage bedeutet das Luzerner Communiqué nicht eigentlich eine Schwentung Lloyd Georges. In einem Augenblick, da der Streik der deutschen Hafenarbeiter aller Welt in auffälliger Weise vor Augen führen muß, daß Danzig de facto nicht eigentlich ein polnischer, vielmehr ein englischer Hafen ist, muß den Engländern naturgemäß daran liegen, diesen Tatbestand zu vertuschen, zumal die Polen, wie die ober-schlesischen Vorgänge beweisen, den militärischen Erfolg an der Ostfront benutzen, ihre Position auf deutschem Gebiet zu stärken.

Zeitungs-meldungen zufolge ist das französisch-belgische Militärabkommen abgeschlossen. Natürlich handelt es sich um rein defensive Maßregeln, — wann wäre in unseren Tagen ein Offensivbündnis geschlossen! — und selbstverständlich wird es geheim gehalten. Das ist vom militärischen Standpunkt aus begreiflich. Aber wo bleibt der Völkerbund? Wo bleiben die belgischen Sozialisten? Werden sie sich wirklich mit faustdicken Lügen abspesen lassen wie solchen, daß das Abkommen keine bindenden Verpflichtungen für Belgien enthalte und daß Angaben über Truppenstärken nicht genannt seien? Wie will man militärische Maßregeln beschließen, ohne sich über die Stärke der Operationskorps klar zu werden? Aber mit äußerster Fügigkeit hat man den Augenblick einer Ministerkrise und der Kammerferien benutzt, das Abkommen perfekt werden zu lassen. Und die Sozialistenführer haben nichts Eiligeres zu tun, als nach — Georgien zu reisen. Überschrift: Parlamentarisches Regime.

Die Lage in Belgien ist überaus verworren. Tatsächlich existiert das Konzentrationstkabinett nicht mehr. Die Liberalen sind zurückgetreten. Von den beiden anderen großen Parteien, deren jede außerdem wegen der Sprachenfrage, die jeden Monat mehr akut wird, in einen flämischen und einen wallonischen Teil auseinanderzufallen droht, fühlt sich keine stark genug, allein zu regieren, während andererseits auch ein Zusammenwirken unmöglich erscheint. Belgien geht der Zerstückung entgegen und wird zum Kampfplatz zwischen England und Frankreich wie zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts. Leise und unmerklich festigt England seinen Einfluß in Antwerpen, wo es die Deutschen fernzuhalten bestrebt ist; noch ist nicht deutlich, wie weit es die flämische Bewegung, die von Monat zu Monat stärker wird, begünstigt, aber seine Haltung in der Wielingenfrage zeigt bereits ganz klar, daß es nicht gesonnen ist, Zeebrügge und eine freie Scheldemündung in die Hände eines französischen Einfluß unterworfenen Belgiens kommen zu lassen. Diese Stellung wird England mit der gleichen Zähigkeit festhalten wie die am Bosphorus, und die Belgier werden es sich mit ihrer unvorsichtig franzosenfreundlichen Haltung selbst zuzuschreiben haben, wenn ihr Land statt Neutralität zu wahren, in Stücke zerfällt und zum Kampfplatz des größeren Nachbarn wird.

Menenius.